

21. BayZeN-Infoveranstaltung vom 06.02.2026

zum Thema

„Die Freiheit, frei zu sein – ein Verständnis von Freiheit, Innovation und Haltung als Legitimation eines nachhaltigen Wissenschaftssystems“

Transkription des Inputs von Prof. Dr. Markus Vogt (LMU München)

Das Thema Wissenschaftsfreiheit wurde schon vielfach diskutiert, muss aber heute angesichts der aktuellen Bedrohung der Freiheit neu durchdacht werden. Wir sind dabei, die Freiheit und damit Demokratie und unabhängige Wissenschaft zu verspielen. Autokratische Regierungen sind weltweit im Vormarsch. Der lange vorherrschende Trend zur Ausbreitung der Demokratien ist gestoppt. Heute haben wir 74 Autokratien und 63 Demokratien, von denen die überwiegende Mehrheit höchst unvollständig ist. In Deutschland kommt die AfD nach aktuellen Umfragen auf 25 Prozent. In einigen Bundesländern auf um die 30 Prozent und mehr. Die NSDAP hatte bei den letzten freien Wahlen im November 1932, also kurz vor der Machtergreifung Hitlers, 33 Prozent. Nähern wir uns auch heute einem Kipppunkt der Demokratie?

Meine Ausgangsthese ist, dass die Schwäche der Demokratie nicht nur am Populismus verfassungsfeindlicher Parteien liegt, sondern auch daran, dass der Begriff der Freiheit selbst nicht mehr hinreichend verstanden wird als Voraussetzung von Kreativität, Verantwortung, Machtkontrolle und Lebensqualität. Die Verbindung von exzessiver Marktfreiheit und der Berücksichtigung ökologischer Grenzen gelingt bisher ganz offensichtlich nicht. Die Praxis der Freiheit spätmoderner westlicher Gesellschaften erscheint anderen Kulturen oft als Beliebigkeit und individualistische Vereinzelung. In Zeiten multipler Krisen erleben viele den Anspruch, frei und mündig zu entscheiden, als Überforderung und sehnen sich deshalb nach Autoritäten und klarer Ordnung. Sie werfen die Freiheit weg und wählen Autokraten wie Trump. Vor diesem Hintergrund müssen wir auch philosophisch, demokratietheoretisch und wissenschaftspolitisch neu über Freiheit nachdenken.

Daraus ergibt sich meine Gliederung:

1. Aktuelle Herausforderungen durch die Freiheitsmüdigkeit
2. Freiheitstheoretische Grundlegungen in Anlehnung an Hannah Arendt
3. Wissenschaftspolitische Konkretion
4. Eine kleine bildungstheoretische Überleitung

1. Aktuelle Herausforderungen durch die Freiheitsmüdigkeit

Vorgestern hat Natalia Amiri in München die Weiße-Rose-Vorlesung gehalten. „Zerreißt den Mantel der Gleichgültigkeit, den ihr um euer Herz gelegt habt“ war der dem 5. Flugblatt entlehnte Titel. Ich zitiere aus ihrer Rede: „Was hätte Sophie Scholl heute getan, um die Demokratie zu retten? Wenn sie mitten im Krieg, mitten in der Zementierung der Opportunisten und Profiteure, mitten in dieser Universität, wo fast alle Professoren gleichgeschaltet waren, sich das wagte auszuführen, von dem wir wissen. Was hätte sie uns heute gesagt, um unsere Demokratie zu retten?“ Sophie Scholl und die

Widerstandsgruppe der Weißen Rose haben „Zivilcourage gelebt, in einer Zeit, in der sie mit ihrem Leben bezahlen mussten. Und wir?“ Wir stehen kurz vor dem Kipppunkt der Zerstörung unserer Demokratie und sind wie gelähmt. Wir benehmen uns wie in einer Zuschauerdemokratie. Amiri sagte: „Am meisten Angst machen mir die gleichgültigen Demokraten.“ Gleichgültig schauen wir zu, sind Mitläufer, wie die vielen, die es kommen haben sehen in der Zeit des Nationalsozialismus und untätig blieben. Teilweise sogar gleichgeschaltet, die LMU besonders, fast alle. Auch heute, scheint es, können oder wollen wir nicht verstehen, dass Menschsein nur in Freiheit möglich ist, so Amiri. Wir begreifen nicht, dass „Selbstbestimmung statt Fremdbestimmung der Sauerstoff des Lebens ist“. Dies liege nicht nur an Lethargie, sondern sei viel banaler: „Den meisten fehlt die Vorstellung, was fehlt, wenn Freiheit fehlt.“

Als Unterschied hierzu verwies Amiri, die familiäre Wurzeln im Iran hat und in München aufgewachsen ist, auf die Frauen in Iran. Dort wurden bei der Niederschlagung der Demonstrationen für Freiheit und Demokratie am 8. und 9. Januar 2026 von der Regierung bis zu 30.000 Menschen einfach erschossen, unter ihnen viele Studentinnen, die besonders mutig auf die Straße gegangen sind. Amiri bezeichnete diesen Protest als „zutiefst inspirierend“. Er ist Anlass zu Respekt und Demut, steht in krassem Gegensatz zur Gleichgültigkeit bei uns.

Meine Erfahrung mit dem Kampf um Freiheit und Demokratie bezieht sich vor allem auf Osteuropa, insbesondere auf die Ukraine, wo ich seit 20 Jahren wissenschaftliche Partnerschaftsprojekte habe. Dort haben in den letzten vier Jahren mindestens 300.000 Menschen ihr Leben im Kampf um Freiheit und Demokratie verloren. Nächste Woche veranstalten wir an der LMU das dritte Symposium zu den moralischen und religiösen Dimensionen des Kriegs in der Ukraine. Es geht um die Zerstörung der Wahrheit durch den Informationskrieg Russlands. Auch in Deutschland befinden wir uns nicht mehr im Frieden, sondern erleben seit ca. 20 Jahren eine massive Manipulation unseres Informationsraumes. Der Verantwortliche der Bundeswehr für Cybersicherheit spricht von ca. tausend Angriffe auf unsere Infrastruktur im Durchschnitt pro Tag, auf Militär, Regierungsinstitutionen, Verwaltung und kritische Infrastruktur. Wir wissen es und tun kaum etwas dagegen. Vor allem durch professionell perfektionierte Propaganda in den digitalen Medien wird unsere Gesellschaft gezielt gespalten. Besonders erfolgreich wurden Migrations- und Coronakrise für die Verbreitung von Desinformation, Verschwörungstheorien und Polarisierung genutzt.

Die postfaktische Kommunikation kommt nicht nur von der russischen Manipulation des Informationsraumes, sondern auch von den USA. Wir sind in der Doppelzange. Habermas sagte bei seiner aufrüttelnden Rede „Von hier müssen wir alleine weitergehen“ (Siemens-Stiftung, November 2025), dass für ihn die Lähmung der Universitäten angesichts der Zerstörung der Freiheit zu den am schwierigsten verstehbaren Phänomenen der Gegenwart gehöre. Im Unterschied zu den Studentenprotesten in den 68er Jahren sind die Hochschulen heute merkwürdig unpolitisch. Wir wissen um die Gefährdung der Zukunft und tun nichts, zumindest viel zu wenig. Angesichts dieser postfaktischen Kommunikation, die die Demokratie unterminiert, ist es eine existenzielle Herausforderung gerade auch für die Hochschulen und alle Bildungseinrichtungen, das Vertrauen in Vernunft und die Fähigkeit zu rationalen Diskursen über kontroverse Themen zu stärken. Demokratie lebt nicht von Gesetzen allein, sie lebt von Bürgern und Bürgerinnen, die Verantwortung übernehmen, die wählen, die widersprechen, die Haltung zeigen, die verantwortlich handeln. „Der Satz, der Einzelne kann nichts tun, ist kein wahrer Satz. Er ist eine Ausrede.“ (so Amiri)

Meine These ist, dass der mangelnden Entschlossenheit, die Freiheit zu verteidigen, eine tiefe ethische Orientierungslosigkeit zugrunde liegt: Wir sind freiheitsmüde, weil wir die Idee vernünftiger

Freiheit, die dem europäischen Gesellschaftsmodell zugrunde liegt, nicht hinreichend für die heutigen Herausforderungen weitergedacht haben. Das Narrativ, das der Demokratie zugrunde liegt, ist verblasst, leer geworden, ausgehöhlt, von Missverständnissen überlagert. Das führt zum zweiten Abschnitt meines Impulses.

2. Freiheitstheoretische Grundlegungen in Anlehnung an Hannah Arendt

Hannah Arendts hat das Nachdenken über Freiheit angesichts totalitärer Systeme in einer Weise philosophisch, ethisch und politikwissenschaftlich entfaltet, die auch heute noch wegweisend ist. Ihre Überlegungen, die in dem kurzen, 2018 erstmals auf Deutsch publizierten Essay „Die Freiheit, frei zu sein“ zusammengefasst sind, können helfen, auch die heutige Freiheitskrise besser zu verstehen.

Man kann zwischen drei Kategorien von Freiheit unterscheiden: Die *Freiheit von*, also die Möglichkeit, ohne Zwang zwischen unterschiedlichen Optionen wählen und entscheiden zu können (negative Freiheit). Die *Freiheit zu*, also geistige Selbstbestimmung durch Vernunft und Willen, was kulturell der Förderung durch Bildung bedarf und rechtlich der Zurechenbarkeit von Handlungen zum Willen der Person (positive Freiheit). Das Originelle in Arendts Denken ist vor allem die *Freiheit mit*: Freiheit entsteht nach ihrer Analyse erst im gemeinsamen Handeln. Dieser Ansatz unterscheidet sich radikal von einer libertären Gesellschaftstheorie, die meint, wir besäßen die Freiheit schon als Individuen und kalkulieren Beziehungen, um unsere Vorteile und Freiheiten zu maximieren. Arendt sagt: Freiheit entsteht erst im Miteinander. Sie hat eine soziale, partizipative und kommunikative Dimension. Das hat weitreichende Konsequenzen für ein dialogisches Hochschulsystem.

Es fehlt mir die Zeit, das hier zu entfalten. Stattdessen möchte ich sechs Aspekte nennen, die mir – angeregt von Arendt u.a. – für die Wiedergewinnung eines tragfähigen Freiheitsbegriffs wesentlich erscheinen und sich auch als Grundlage der Hochschulpolitik in Zeiten der Demokratie- und Klimakrise eignen könnten:

- Erstens: Freiheitserfahrung entsteht durch Freiheitsbedrohung. Wir sind freiheitsverwöhnt und wissen nicht mehr, was sie ist. Deshalb verteidigen wir sie nicht.
- Zweitens: Freiheit ist ein Beziehungs-, ein Prozess- und ein Streitbegriff. Freiheit wird konkret, wenn wir stets neu Denkfehler und Machtmissbrauch kritisch aufdecken.
- Drittens: Freiheit ist kontextuell. Das heißt, sie ist von Kontext zu Kontext, von Ort zu Ort, von Institution zu Institution und Mensch zu Mensch verschieden. Sie ist plural, individuell, kulturspezifisch und trotzdem universal.
- Viertens: „Das selbstverliebte Pathos der unbedingten Freiheit ist ihr tödlicher Feind.“ (Häring) Sie sollte weder mit der Maximierung von Optionen noch mit der unverbindlichen Beliebigkeit des *anything goes* verwechselt werden.
- Fünftens: Freiheit kommt zustande, indem wir sie wahrnehmen. Man kann Freiheit weder besitzen noch im Modus einer passiven Haltung konsumieren. Sie ereignet sich erst in der Praxis, indem wir aktiv für unsere Überzeugungen und Werte einstehen. Die Freiheit, frei zu sein, braucht Mut und Entschlossenheit.
- Sechstens: Freiheit bedarf der strukturellen Sicherung. Ohne Institutionen, die Grundrechte sichern, Gewaltenteilung garantieren und Mitbestimmung auf Dauer stellen, misslingt die Sicherung von Freiheit.

3. Wissenschaftspolitische Konkretion für Bayern

Was aber können und sollen die Hochschulen tun zur Sicherung von Freiheit, Demokratie und Nachhaltigkeit? Wie sieht es in ihrer eigenen Freiheitspraxis aus? Dazu hat Matthias Tschöp, der neue Präsident der LMU, am 3. Februar bei seiner Antrittsrede einige programmatische Impulse formuliert. Universitäten seien Orte der Freiheit, ohne die die Emanzipations- und Fortschrittsgeschichte Europas nicht denkbar sei. Sie waren und sind Impulsgeber für Freiheit, für Fortschritt durch Wissen und nichts zuletzt auch für die Kritik von Machtmissbrauch und Ignoranz. Demokratie ist auf universitäre Anwältinnen der Freiheit angewiesen. Dafür brauchen sie „einen kühlen Kopf und ein weiches Herz“, wie Tschöp in Anlehnung an Sophie Scholl formulierte: Sie brauchen Wissen und Analyse, Haltung im Sinne des mutigen Einstehens für das Erkannte und Empathie als Motivation, antworten auf das Leid der Menschen in ihrer jeweiligen Zeit zu suchen. Nur durch den Dreiklang von Analyse, Haltung und Empathie könne Freiheit wirksam verteidigt werden. Dies als Einheit zu verstehen sei für das Selbstverständnis von Forschung und Lehre an den Hochschulen essentiell. Ich will diese Idee von Universität anhand der genannten drei Dimensionen von Freiheit skizzieren.

3.1 „Freiheit von“

Die Freiheit ist auch im Bereich der Wissenschaft derzeit massiv gefährdet, was eng mit der Erosion von Demokratie zusammenhängt, so dass beide Problembereiche nicht ohne ihre Wechselwirkung verstanden und bewältigt werden können. Dazu einige Fakten aus dem Bericht „Free to Think 2025“ (11. Jahresbericht des globalen Netzwerks „Scholars at Risks“):

- Zwischen Juli 2024 und Juni 2025 gab es 395 Angriffe auf Hochschulbildung in 49 Ländern.
- Die USA erlebt derzeit die größte Krise der Wissenschaftsfreiheit in ihrer Geschichte, z.B. „Maulkorberlasse“ gegen Themen wie Diversity, Equity und Inclusion, Keyword-Listen der Trump-Administrationen, um die Förderung von damit befassten Projekten zu blockieren, Löschung von Klimadatenbanken, internationale Isolation durch Visaverweigerung für unbequeme Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie die ständige Drohung, den Universitäten, die nicht auf MAGA-Linie sind, Finanzen zu entziehen.
- Im Iran gibt es keine Freiheit der Wissenschaft. Verhaftung, Gewalt, ideologische Säuberung, Einschüchterung durch Geheimdienste, digitale Abschirmung sind auch an den Universitäten Alltag. An den Protesten, bei denen im Januar 30.000 Menschen erschossen wurden, waren Studentinnen überproportional beteiligt.
- In vielen weiteren Ländern, wie etwa Argentinien, Ungarn, Serbien, Bangladesch, werden Budgets und Gehälter für unliebsame Professoren gekürzt.

In Deutschland und Bayern haben wir ein hohes Maß an Wissenschaftsfreiheit, und sollten dafür in hohem Maß dankbar sein. Aber auch hier gibt es aktuell kontroverse Debatten über mehr oder weniger latente Formen der Einflussnahme. Eine kritische Anfrage ist, ob nicht unter dem Deckmantel der Autonomie, eine Scheinautonomie gefördert wird, die mangels solider Grundförderung in eine Abhängigkeit von Drittmitteln mündet. Privatrechtliche Organisationsformen können in eine Ökonomisierungsfalle zwingen. Die Entmachtung vieler Gremien wird kontrovers diskutiert. Der Hochschulverband weist m.E. zu Recht darauf hin, dass eine Hochschulsteuerung über Kennzahlen eine Idee von Messbarkeit voraussetzt, die Kreativität strangulieren kann. Der Unterschiedlichkeit der Fachkulturen wird man nicht durch einlinige Vergleiche der Produktivität und Nützlichkeit gerecht. Auch Nachhaltigkeitswissenschaft darf nicht einseitig als Option für Anwendungswissen

missverstanden werden. Die Ideen von Effizienz und Quantifizierung sind durchaus auch für Wissenschaft relevant. Wenn jedoch die Verwertungslogik sowie eine engmaschige Idee von Zählbarkeit alles beherrschen, erstickt der Geist der Freiheit. Exzellente Wissenschaft braucht das „Recht auf Umwege und Holzwege“, wie Matthias Tschöp postuliert.

Wissenschaftstheoretisch und hochschulpolitisch hochspannend sind die Debatten um Cancel Culture: Wo ist die Grenze zwischen Denkverboten und notwendigen ethischen Standards der Vermeidung von Diskriminierung? An der LMU hat kürzlich eine Veranstaltung über die Situation in Palästina zu kontroversen Debatten über Wissenschaftsfreiheit geführt. An welchem Punkt kippt die Solidarität mit Palästinensern in die Legitimation eines neuen Antisemitismus, die weltweit auch von Universitäten auszugehen scheint? Die Fähigkeit, ethische Standards und radikale Kritik zu verknüpfen, ist essentiell für die Idee der Universität sowie die Legitimation ihrer grundgesetzlich geschützten Freiheit.

3.2 „Freiheit zu“

Wenn „die Freiheit, frei zu sein“ erst entsteht, indem wir als Personen und Institutionen für unsere Einsichten und Werte einstehen, hat dies weitreichende Konsequenzen für die Wissenschaftsfreiheit: Sie realisiert sich dann nicht nur eine neutral-unbeteiligte Beobachterfunktion, sondern impliziert auch das Bestreben, die Erkenntnisse umzusetzen und die Welt zu verbessern. Sie ist transformativ. Mit diesem Anspruch verbinden sich jedoch grundlegende wissenschaftstheoretische Kontroversen: Die Unterscheidung zwischen Beschreibung und Wertung, Deskription und Präskription, beobachtender und stellungnehmender Vernunft ist für moderne Wissenschaft grundlegend. Das Problem beginnt jedoch, wenn man die beiden Formen von Rationalität völlig trennt, wie im Comte'schen Positivismus, der nur das Feststellen vermeintlich objektiver Fakten als Wissenschaft anerkennt. Dem entspricht auf Seiten der Ethik ein Nonkognitivismus, der Werte lediglich als Ausdruck subjektiver Präferenzen, die im Kern weder begründungs- noch wissenschaftsfähig seien, ansieht. Ich habe dazu in vielen Aufsätzen und dem Essay „Ethik des Wissens“ Stellung bezogen sowie in zwei BMBF-Projekten mitgewirkt. Diese Debatte ist grundlegend für Nachhaltigkeitswissenschaft, da das Konzept normativ gehaltvoll ist und ihr Anspruch deshalb mit vielen Denkgewohnheiten und Organisationsstrukturen der Hochschulen fremdelt. Aber genau darin liegt ihre hochschulpolitische Brisanz: Nachhaltigkeit zwingt, Freiheitsdimensionen zusammenzudenken, deren Auseinanderfallen letztlich die Idee der Universität selbst aushöhlt. Sie ist eine notwendige Dimension, um heute Demokratie und verantwortliche Wissenschaft zu sichern, jedoch nur, wenn sie konsequent von der Freiheit in ihren drei genannten Dimensionen her gedacht und gestaltet werden.

Der Anspruch der Einheit von Analyse, Haltung und Empathie, um auf die Worte von Matthias Tschöp zurückzugreifen, wird derzeit prominent im Kontext der Nachhaltigkeitsforschung und transformative Wissenschaft diskutiert. Darin hat sich nicht zuletzt der frühere DFG-Präsident Peter Strohschneider zu Wort gemeldet. Nach seiner Auffassung ist transformative Wissenschaft nicht mehr konstitutiv auf Wahrheit ausgerichtet, sondern auf eine unter Nachhaltigkeitsbegriffen versteckte Idee von gesellschaftlicher Nützlichkeit. Deren Umsetzung überschreite die spezifische Kompetenz der Wissenschaft. Auch die Demokratie werde expertokratisch unterminiert, wenn sich Wissenschaft unmittelbar ins Feld von komplexen politischen Entscheidungsprozesse einmische. Ähnlich argumentiert Armin Nassehi in seinem Buch „Kritik der großen Geste“. Die Rationalität der Politik sei in der ausdifferenzierten Gesellschaft eine andere als die der einzelnen Wissenschaften. Schon Platons Projekt auf Sizilien, bei dem Philosophen zugleich als Könige fungierten, ist schiefgegangen. Gute Wissenschaftlerinnen sind nicht automatisch gute Politikerinnen. Die institutionelle Unterscheidung der unterschiedlichen Vernunftarten ist grundlegend für moderne Gesellschaft. Dies heißt jedoch nicht

völlige Trennung. Wies aber lässt sich die Spannung zwischen der notwendigen Qualitätssicherung der Wissenschaft durch Spezialisierung auf der einen Seite und dem Anspruch von Kompetenz und Haltung in Sachen des Gemeinwohls, der Demokratie und der Nachhaltigkeit bewältigen? Damit bin ich beim dritten Aspekt der Freiheit.

3.3 „Freiheit mit“

Das Dilemma der Strohschneiderdebatte um transformative und nachhaltige Wissenschaft lässt sich – so meine These – nur auf der Basis einer vertieften Idee von „Freiheit mit“ und deren Entfaltung als dialogische Wissenschaft auflösen. Es braucht inter- und transdisziplinär vernetzte Wissenschaft, um sowohl dem Anspruch von Spezialisierung als auch dem einer praxisorientierten Bündelung des Wissens gerecht zu werden. Wir brauchen eine dialogische Wissenschaft, die Forschungsergebnisse in Bezug auf ihre gesellschaftliche und praktische Relevanz verständlich auf den Punkt bringt ohne die Eigenlogik politischer Prozesse zu überspringen. Es geht also nicht nur um Anweisungen für Praktiker, sondern ebenso um eine Integration des Praxiswissens von Unternehmern, Politikern, Medienleuten, Zivilgesellschaft, Bürgern in verschiedenen Bereichen. Diese sollte integral und nicht erst als nachgelagerter Frage der Umsetzung gedacht und organisiert werden. Die Idee des wechselseitigen Lernens ist konstitutiver Bestandteil des Konzepts von Nachhaltigkeitswissenschaft.

Wegweisend für eine nachhaltigkeitsrelevante Umsetzung der inter- und transdisziplinären „Freiheit mit“ scheint mir der ethisch erweiterte Innovationsbegriff des EU-Konzeptes „Responsible Research Innovation“ (RRI). Es antwortet auf das Problem, dass eine nachgelagerte Bewertung von Innovationen oft systemisch zu spät kommt, weil sie nur mit Verboten arbeitet statt mit einer Richtungsangabe für Suchprozesse, und dass die Übersetzung der Innovationen in Produkte oft zu träge ist. Innovationen, die wirksam auf die großen Herausforderungen wie Klimawandel, Armutsbekämpfung und Krieg antworten, müssen unterschiedliche Kompetenzformen gebündelt werden, z.B. methodisches, technisches, unternehmerisches, soziales, kulturelles, institutionelles und politisches Wissen. Nur dann gelingt Innovation als die entscheidende Kraft freier Wissenschaften für die Bewältigung der Probleme. Ohne Ethik im Sinne von RRI kann es vorkommen, dass wissenschaftlicher Fortschritt mehr Probleme schafft und das Wissen um Herausforderungen wie Klimawandel, Demokratiesicherung oder digitale Transformation so fragmentiert bleibt, dass eine nachhaltige Umsetzung nicht gelingt.

Freie, verantwortliche und innovative Wissenschaft drängt von ihrem eigenen Begriff her auf eine Mitgestaltung der Gesellschaft. Deshalb ist die demonstrative Verachtung der Vernunft durch die postfaktische Kommunikation, die den Algorithmen der Aufmerksamkeitsmaximierung folgt und die Demokratie von innen her aushöhlt, zugleich ein existenzieller Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit selbst. Die Bedeutung der Wissenschaft für Fortschritt, Freiheit und Demokratie liegt nicht nur in Einzelerkenntnissen begründet, sondern grundlegend darin, dass sie Ausdruck und Vollzugsform des Vertrauens in Vernunft ist. Dieses muss heute jedoch stärker mit emotionaler, sozialer, kultureller und ethischer Intelligenz verknüpft werden, wenn die Einheit von Wissenschaft, Demokratie und Nachhaltigkeit gelingen soll. Dazu abschließend ein bildungstheoretischer Gedanke, der zugleich zum Vortrag von Mandy Singer-Brodowski überleitet.

4. Eine kleine bildungstheoretische Überleitung

Was bedeutet das Gesagte für die Idee guter Bildung? Zu Beginn meines Vortrags habe ich mit Bezug auf die Weiße-Rose-Vorlesung von Natalie Amiri auf die überwiegende Gleichschaltung der

Universitäten im Nationalsozialismus hingewiesen. Dies hat mich bereits bei meiner Promotion zum Sozialdarwinismus umgetrieben. Nach Philipp Hübl ist die Neigung zu verfassungsfeindlichem Rechtsfaschismus auch gegenwärtig in akademischen Kontexten sehr hoch. Mir scheint, dass diesem Phänomen ein grundlegendes Defizit der Praxis von Bildung als Medium der Anpassung, der Ausgrenzung, der Ausgrenzung, des von eigenen Erfahrungen und Fragen entkoppelten Halbwissens liegt. Das hat Adorno in seiner „Kritik der Halbbildung“ bereits in den 1950er Jahren scharf analysiert. Das Halbgewußte, das wir nur als Signal für akademische Zugehörigkeit rezipieren und kommunizieren, macht uns bisweilen dümmer als vorher, weil wir es nicht wirklich durchringen und so eigenes Fragen eher zudecken als anregen lassen. Wenn Bildung zur Einbildung wird, kann sie zum Medium von Eitelkeit, lebensweltlicher Entfremdung, epistemischer Gewalt und suggestiver Manipulation werden. Gegenwärtig werden Bildung und Wissenschaft vor allem durch die Digitalisierung tiefgreifend transformiert. Diese bietet sowohl Chancen der Emanzipation als auch Gefahren der Manipulation. Soll sie demokratie- und nachhaltigkeitsverträglich sein, braucht es neue Qualitäten von „Bullshit-Resistenz“ (Hübl).

Der Physiker, Religionsphilosoph und Bildungswissenschaftler Whitehead hat zu Beginn des 20. Jahrhundert das Konzept der „aktive Ideen“ entwickelt, die m.E. für die Kritik von Halbbildung sowie Praxis exzellenter Bildung sehr anregend sind. entscheidend ist demnach, dass wir das Gelernte so mit eigenen Erfahrungen und Fragen verknüpfen, dass es uns zu einem Instrument des eigenständigen Denkens wird statt sich als halbverdauter Fremdkörper im eigenen Kopf zu isolieren. Befähigung zum Selbstdenken ist „Anleitung zum Widerstand“ (so Harald Welzer mit Bezug auf emanzipative Nachhaltigkeitsbildung, wobei er aus meiner Sicht die Dimension des konstruktiven Mitgestaltens unterbewertet). Kritisches Denken überzeugt nicht als Hybris des vermeintlichen stets Besserwissens, sondern nur, wenn sie akademische Demut einschließt, die das eigene Wissen nicht überschätzt, weiß, was sie nicht weiß, und bereit ist, zuzuhören. Dies ist auch in Bezug auf die anfangs angesprochene Erosion der Demokratie relevant: Sie braucht die Fähigkeit zuzuhören und Distanz gegenüber akademischer Eitelkeit. So deutet Michael Sandel, derzeit einer der bekanntesten Philosophen in den USA, in seinen Analysen zum „Ende des Gemeinwohls“ den Aufstieg Trumps als Reaktion auf die Arroganz der Eliten, die in der Wahrnehmung vieler Amerikaner ihr Wissen gebrauchen, um eine vermeintliche Überlegenheit zu markieren und sich Privilegien zu sichern. Ich will diese Debatte hier nicht näher entfalten, sondern nur einen Aspekt zur Strukturparallele von Freiheit und Bildung hervorheben: Beide korrumpieren, wenn sie als Privileg statt als Aufgabe und unabschließbare sozialer Praxis begriffen werden.

Bildung, die zu Demokratie befähigt, braucht Demut. Wie die Freiheit stirbt sie, wenn man sie als Besitz betrachtet, als Halbbildung des Verfügens über einen Bildungskanon statt als Neugier, die weiß, was sie nicht weiß und stets kritisch weiterfragt. Die Universitäten haben die gesellschaftliche Aufgabe, Instanzen des kritischen Fragens und Beobachtens zu sein. Quellen der Bildung sind Neugier und ein unstillbarer Wissensdurst, der stets neu hinterfragt. Freiheit ist sowohl Voraussetzung als auch Ziel von Bildung. Bildung für Nachhaltigkeit ist Befähigung zu Freiheit. Vor diesem Hintergrund ist Bildung für Nachhaltigkeit nicht primär ein zusätzlicher ökosozialer Inhalt, sondern vor allem eine methodische Neuausrichtung der Bildung auf Befähigung zu Freiheit und Mündigkeit in der Welt des 21. Jahrhunderts. Sie zielt auf *Freiheit von* äußeren und inneren Zwängen, auf *Freiheit zum* mutigen Einstehen für die eigenen Einsichten und Werte sowie auf *Freiheit mit* anderen durch kollaborative Generierung und Umsetzung von fundiertem Wissen. Dabei kommt der Transformation des Naturverhältnisses sowie der Sicherung der Demokratie durch ein integrales Verständnis von Freiheit eine zentrale Bedeutung zu. All dies erfordert eine Weiterentwicklung der Lehrformate. Um dies zu entfalten, übergebe ich das Wort an Mandy Singer-Brodowski und danke fürs Zuhören.

Summary

Der Vortrag „Die Freiheit frei zu sein“ analysiert den gegenwärtigen Verlust eines tragfähigen Freiheitsverständnisses als zentrale Ursache für demokratische Erosion, gesellschaftliche Polarisierung und die Schwächung von Wissenschaft und Innovation. Der weltweite Vormarsch autokratischer Systeme, wachsender Wissenschaftsfeindlichkeit und einer zunehmenden „Freiheitsmüdigkeit“ bedarf auch ein Neudenken des Liberalismus, der Freiheit stärker als soziale Praxis denken und im Sinne der Nachhaltigkeit mit dem Konzept der ökosozialen Marktwirtschaft verbindet.

Ausgehend von Hannah Arendts Freiheitsbegriff unterscheidet der Vortrag drei Dimensionen: Freiheit von (Schutz vor Zwang), Freiheit zu (vernunftgeleitete Selbstbestimmung und Verantwortung) und Freiheit mit (Freiheit als Ergebnis gemeinsamen Handelns). Freiheit ist demnach kein Besitz, sondern entsteht erst durch Praxis, Haltung und Engagement. Universitäten kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu: Sie sind Orte der Kritik, der Wahrheits- und Vernunftorientierung sowie der geistigen Unabhängigkeit. Entlang der drei genannten Freiheitsdimension untersucht der Vortrag, wie dieses Potenzial angesichts der Dramatik gegenwärtiger politischer und gesellschaftlicher Bedrohungen wirksamer in die Gesellschaft eingebracht werden kann. In Bezug auf die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland werden u.a. Drittmittelabhängigkeit und Steuerung über Kennzahlen als Probleme benannt.

Der Vortrag plädiert für ein dialogisches Wissenschaftssystem, das wissenschaftliche Freiheit mit ethischer Verantwortung, inter- und transdisziplinärer Zusammenarbeit sowie gesellschaftlicher Partizipation verbindet. Innovation wird als „Responsible Research and Innovation“ verstanden, die technische, soziale, politische und institutionelle Dimensionen integriert. Bildung für Nachhaltigkeit bedeutet dabei nicht primär Wissensvermittlung, sondern Befähigung zu eigenständigen Urteilen, kritischem Denken, Selbstreflexion und zu verantwortlichem Handeln. Nur so können Wissenschaft und Hochschulen ihre legitimierende Rolle für Freiheit, Demokratie und nachhaltige Transformation erneuern.